



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 40; Januar 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

kaum hat das neue Jahr begonnen, befinden wir uns schon in der dritten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments und damit im Plenum in Straßburg. Wir stellten in dieser Woche Überlegungen zur Zukunft der EU-Verfassung an, beschlossen die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses zu den Gerüchten über CIA-Geheimgefängnisse in EU-Mitgliedstaaten und lehnten die äußerst umstrittene Liberalisierung der Hafendienstleistungen ab. Darüber hinaus präsentierte der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel das Arbeitsprogramm der neuen österreichischen Ratspräsidentschaft, die turnusgemäß am 1. Januar 2006 begann. Bundeskanzler Schüssel kündigte nun an, der EU wieder "neuen Schwung" geben zu wollen. Ein besonderes Problem während seiner Präsidentschaft dürfte die finanzielle Vorausschau 2007-2013 der EU darstellen.

EP lehnt Finanzkompromiss ab

Das Europäische Parlament, das die Entscheidungshoheit über den EU-Haushalt hat, lehnte jetzt nämlich den von den Staats- und Regierungschefs im Dezember gefundenen Finanzkompromiss ab. Dieser Kompromiss ermöglicht unseres Erachtens keinen EU-Haushalt, der die in den Europäischen Verträgen verankerten Ziele

unseres Staatenbundes (Solidarität, Zusammenhalt, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit für die Zukunft) in Einklang bringen könnte mit all' den politischen Vorgaben, die der Ministerrat in den vergangenen Monaten und Jahren selbst beschlossen hatte. Während die Regierungschefs sich im Dezember auf ein Haushaltsvolumen von insgesamt 852 Mrd. Euro für die Jahre 2007 - 2013 geeinigt hatten, fordert das EP 975 Mrd. Euro.

Liberalisierung der Hafendienste

Wie schon lange absehbar war, verhinderte das EP mit überwältigender Mehrheit den umstrittenen Vorschlag der EU-Kommission zur Liberalisierung der Hafendienste. In der Debatte forderten zahlreiche Abgeordnete die Kommission auf, neue Vorschläge für mehr Transparenz und Wettbewerb zwischen den Häfen vorzulegen. Am Montag war es trotz der eigentlich klaren Abstimmungslage vor dem Parlament in Straßburg zu gewalttätigen Demonstrationen tausender Hafendarbeiter aus ganz Europa (also auch aus Deutschland) gekommen. Sie attackierten die Polizisten und das Gebäude u.a. mit herausgerissenen Pflastersteinen und Leuchtraketen, benutzten einen herausgerissenen Ampelmast als Rammbock, um in das Parlament zu gelangen, verletzten viele Polizisten. Der Zustand eines Schwerstverletzten ist noch immer kritisch. Etliche Fensterscheiben

gingen zu Bruch, weite Teile der Fassade wurden zerstört. Trotzdem rühmen sich die Gewerkschaften, die diese Demonstration organisiert hatten, mit dieser Aktion!

CIA-Untersuchungsausschuss

Gibt oder gab es in Europa Geheimgefängnisse der CIA? Nutzte die CIA europäische Flughäfen, um Terrorverdächtige an Orte zu transportieren, an denen ihnen Folter drohte? Diese und weitere Fragen soll der nichtständige Ausschuss des Europäischen Parlaments beantworten, dessen Einsetzung und Mandat das EP nun beschloss.

Qualität der Badegewässer

Endlich gibt es eine neue Richtlinie zur Qualität der europäischen Badegewässer. Zum Schutz der Volksgesundheit gelten damit strengere Kriterien. Aktuelle Angaben zur Wasserqualität an Badeplätzen müssen nicht nur dort selbst ausgewiesen, sondern auch über das Internet bereitgestellt werden. So sollen Bürger in die Lage versetzt werden, Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben. Bis 2008 wird die Kommission außerdem einen Bericht über neue wissenschaftliche und epidemiologische Entwicklungen sowie über Erkenntnisse über Viren im Zusammenhang mit Badegewässern vorlegen.

Kein Luftverkehrsabkommen der EU mit Russland!

Das Europäische Parlament verweigert den Abschluss eines umfassenden Luftverkehrsabkommens mit Russland, solange dieses Land die Überfluggebühren nicht unverzüglich und vollständig abschafft. Diese von Russland erzwungenen Gebühren sind völkerrechtswidrig!

Bewirtschaftung von Abfällen aus der Mineralgewinnenden Industrie

Die Bewirtschaftung von Abfällen aus der Mineralgewinnenden Industrie wird neu geregelt. Dies ist die Reaktion des europäischen Gesetzgebers auf die schweren Unglücke in Aznalcóllar

(Spanien, 1998), Baia Mare und Baia Borsa (Rumänien, 2000), bei denen Böden und Flüsse mit Zyanid und Schwermetallen verseucht worden waren. Interessanterweise hatten im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ausgerechnet Ruhrgebiets-Sozialdemokraten im EP (!) Änderungsanträge eingebracht, die den Steinkohlebergbau mit einbeziehen und gleichzeitig durch realitätsfremde Vorschriften technisch unmöglich machen sollten (... was die Ruhrgebietspresse natürlich verschwieg ...). Die deutschen Christdemokraten konnten dies jedoch verhindern und trugen im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens mit dem Ministerrat ganz wesentlich zu einem tragfähigen Kompromiss bei.

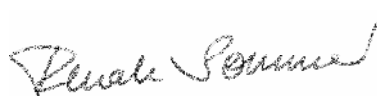
Parlament gegen Ausweitung der Unionsbürgerschaft

Das EP lehnte eine Initiative zur Ausweitung der Unionsbürgerschaft ab. Die Mitgliedstaaten sollten darin u.a. aufgefordert werden, so schnell wie möglich zu prüfen, ob neben den europäischen Bürgern auch **Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen**, die über fünf Jahre ständig in der EU ansässig waren, die Möglichkeit zugestanden werden kann, **unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit in ihrem Wohnsitzstaat bei Kommunal- und Europawahlen das aktive und passive Wahlrecht auszuüben.**

Ach ja, genau das hätte uns gerade noch gefehlt ...

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich bis zum nächsten Straßburgbrief!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-97383
E-mail: rsommer@europarl.eu.int